

APA: Wiener Riesenradplatz: Erste Einigung nach Treffen mit Laska

APA0747 5 CI 0380 II Siehe APA0383/23.06 Mo, 23.Jun 2008

Gemeinderat/Bauten/Finanzen/Immobilien/Architektur/Wien/Kommunales

Wiener Riesenradplatz: Erste Einigung nach Treffen mit Laska

Utl.: Vier-Punkte-Papier: Budgetiertes Geld soll ausgezahlt, das Projekt positiv beendet werden - Für Grüne zu wenig =

Wien (APA) - Im Streit um die Fertigstellung des Riesenradplatzes im Wiener Prater ist man aus Sicht der Stadt einer Lösung näher gekommen. In einem Gespräch zwischen Vizebürgermeisterin Grete Laska (S) und Vertretern von zehn um ihr Geld bangende Firmen wurde am Montagabend die weitere Vorgangsweise in vier Punkten festgelegt. "Das ist eine Einigung", sagte eine Sprecherin Laskas zur APA. Die Grünen zeigten sich unzufrieden.

Hintergrund der Debatte: Die Firma "Explore 5D", die ohne Wettbewerb als Generalunternehmer mit der Realisierung des insgesamt mit 32 Mio. Euro (davon 15 Mio. Euro von der Stadt) veranschlagten Projekts beauftragt wurde, ist zahlungsunfähig. Ein Ausgleichsverfahren läuft, die Subunternehmer bangen um ihr Geld. Für heute, Montag, hatte Laska Vertreter jener Firmen zu sich geladen, die sich schriftlich an sie gewandt hatten.

Die Sprachregelung nach dem Treffen, an dem auch Vertreter der Riesenradplatz Errichtungs GmbH und der Immoconsult teilnahmen: "Es wurde klargestellt, dass das ursprünglich für das Projekt veranschlagte Budget unter Einhaltung aller rechtlichen Bestimmungen selbstverständlich zur Auszahlung kommt."

Das bedeute allerdings nicht, dass die Stadt zusätzliche Kosten übernehme, wurde gegenüber der APA betont. Generell ist unklar, welche Forderungen es gibt und was schon bezahlt wurde. Sollte eine Überschreitung des Budgets festgestellt werden, will man Lösungsmöglichkeiten suchen, hieß es in einer Aussendung aus Laskas Büro.

Es sei allen Beteiligten ein Anliegen, "eine möglichst zufriedenstellende Lösung zu finden und das Projekt Riesenradplatz zu einem positiven Ende zu führen". Die Bestandsaufnahme der Zahlungen soll beschleunigt werden. Die Firmen sollen dafür ihre Außenstände nicht nur der Ausgleichsverwalterin, sondern auch der Immoconsult nennen. Und: Auf Basis aller rechtlichen Bestimmungen sollen Alternativen oder Ergänzungen zum laufenden Ausgleichsverfahren gemeinsam geprüft werden.

"Ich finde, das ist zu wenig", zeigte sich Sabine Gretner, Planungssprecherin der Wiener Grünen enttäuscht. Ihr Eindruck nach Rücksprache mit den Unternehmern: "Das ist eher ein Selbstappell und vage Zusagen. Wir haben konkrete Ergebnisse gefordert, das wäre möglich gewesen." Es fehlten sowohl konkrete Schritte als auch ein Zeithorizont.

Ob die Grünen den für Mittwoch angedrohten Misstrauensantrag gegen Laska nun tatsächlich einbringen, ist weiter offen. Man werde sich mit den anderen Oppositionsfraktionen beraten, die Entscheidung könnte morgen, Dienstag, fallen, so Gretner. (Schluss) ham/jep

APA0747 2008-06-23/21:05

